

Regierungsratsbeschluss

vom 12. Mai 2020

Nr. 2020/741

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative WAK-SR (19.475): Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren Schreiben an das Bundesamt für Landwirtschaft, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 10. Februar 2020 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates einen Vorschlag zur Ergänzung des Chemikaliengesetzes (SR 813.1) und des Landwirtschaftsgesetzes (SR 910.1) unterbreitet. Diese Änderungen konkretisieren den nationalen Absenkpfad für das Risiko, das von Pestiziden ausgeht, erweitert folgerichtig den Fokus der Risikobewertung um Biozidprodukte und führt richtungsweisende Informationspflichten für Hersteller und berufliche bzw. gewerbliche Anwender ein.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Amt für Umwelt, das Amt für Raumplanung und das Gesundheitsamt zur vorgeschlagenen Anpassung geäußert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative WAK-SR (19.475) "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren" beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Landwirtschaft vom 12. Mai 2020

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Amt für Umwelt (ZG, stp) (2)

Amt für Raumplanung

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Landwirtschaft

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

Departement des Innern

Gesundheitsamt

Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)